



Diskussionen zum „Gendern“ in Deutschland

Die Renaissance einer präskriptiven Sprachwissenschaft?

Heiko F. Marten

Das aktuell vermutlich am stärksten emotional und politisch aufgeladene sprachliche Thema in Deutschland ist das „Gendern“.

Argumente, die für oder gegen bestimmte Praktiken eines „geschlechtersensiblen Sprachgebrauchs“ sprechen, werden in wissenschaftlichen wie journalistischen Publikationen intensiv diskutiert. Dieser Beitrag beleuchtet diese Diskussion unter einem

Aspekt, der bislang hingegen kaum berücksichtigt wurde: dem Gegensatz von deskriptiver und präskriptiver Sprachwissenschaft.

So finden in der Fachdiskussion zum „Gendern“ präskriptive Argumentationen Unterstützung, die andernorts weitgehend als veraltet gelten. Vor diesem Hintergrund plädiert der Beitrag für einen liberalen Umgang mit Sprache und eine größtmögliche

Toleranz gegenüber unterschiedlichen Praktiken und Einstellungen.

Schlüsselwörter: Gendern, Sprachpolitik, Präskriptivismus, Liberalismus, Selbstverständnis des Faches

1 Sprachdiskurse in Deutschland

Debatten zur Sprache sind in Deutschland im Vergleich zu Ländern mit einer ausgeprägteren Sprach(en)politik eher selten. Dennoch wird auch in Deutsch-

land in Wissenschaft, Feuilleton wie breiteren Medien über Sprache diskutiert, und dies immer wieder mit bemerkenswerter Emotionalität. Laut einer Studie des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache aus dem Jahr 2022 (Adler / Roessel 2023) ist der Einfluss des Englischen der Aspekt sprachlicher Veränderungen, der in der Bevölkerung am meisten Beachtung findet. Gesellschaftliche Aufmerksamkeit erhält jedoch auch der Umgang mit Sprachpraktiken, die von Teilen der Gesellschaft als diskriminierend empfunden werden. Dazu gehören der bewusste Ersatz einzelner Lexeme (z.B. „Geflüchtete“ statt „Flüchtlinge“), die Umbenennung von Straßen (vgl. dazu Ehrhardt 2022), oder der Versuch, Strukturen im Sinne eines „geschlechtersensibleren“ Sprachgebrauches zu verändern – das sog. „Gendern“, das in der oben genannten Studie (Adler / Roessel 2023) den zweiten Platz einnimmt. Sowohl beim „Gendern“ als auch bei der Vermeidung bzw. Neubildung von Lexemen handelt es sich um gezielte sprachpolitische Maßnahmen, die in Deutschland auf eine nur wenig ausgeprägte Tradition der (aktiven) Sprach(en)politik treffen.

Dieser Beitrag gibt zunächst einen kurzen Überblick über aktuelle Sprachdiskurse in Deutschland im Kontext sprach(en)politischer Traditionen. Im Anschluss werden Debatten zum „Gendern“ zusammengefasst mit einem Schwerpunkt auf dem Gegensatz von deskriptiv-analytischer und präskriptiver Sprachwissenschaft, der oftmals außer Acht gelassen wird. Dabei wird methodisch eine Analyse von Aussagen in Metadiskussionen zum Thema „Gendern“ vorgenommen. Diese greift einschlägige Wortmeldungen von Wissenschaftler/-innen auf, bleibt dabei aber notwendigerweise exemplarisch. Auf dieser Grundlage erfolgt eine Einordnung der Positionen zum Umgang mit dem „Gendern“ in das Selbstverständnis der Sprachwissenschaft. Der Beitrag schließt mit einem Plädoyer für die Beibehaltung einer liberalen, deskriptiv orientierten Sprachwissenschaft, wie sie in den vergangenen Jahrzehnten die germanistische wie internationale Sprachwissenschaft dominiert hat. Dabei geht es explizit nicht darum, Stellung für oder gegen bestimmte Formen des „Gendering“ zu beziehen – allerdings soll zur Diskussion über das Selbstverständnis der Sprachwissenschaft angeregt und gleichzeitig zu Toleranz gegenüber unterschiedlichen Sprachpraktiken und -einstellungen aufgerufen werden.

2 Sprach(en)politische Traditionen in Deutschland

Sprachpolitische Fragen erfahren traditionell in Deutschland eine eher geringe Aufmerksamkeit. Im Vergleich zu anderen Ländern (z.B. Frankreich, Norwegen, Belgien, Schweiz) mit einer systematischen Sprach(en)politik und einer Vielzahl an Regeln spielen sprachliche Debatten im Allgemeinen nur punktuell eine Rolle. Zwar existieren auch in Deutschland bzw. für das Deutsche Institutionen, die sich mit der gesellschaftlichen Rolle von Sprache befassen – wie z.B. die Gesellschaft für Deutsche Sprache, die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung oder der internationale Rat für deutsche Rechtschreibung. Diese sind im Bewusstsein der Öffentlichkeit jedoch deutlich weniger verankert und prägen gesellschaftliche Debatten in viel geringerem Maße als vergleichbare Institutionen in anderen Ländern wie z.B. die Académie Française oder der norwegische Sprachrat. Entscheidungen zu Sprache sind zumeist deutlich weniger kontrovers und von gesellschaftlicher Tragweite wie etwa die umfassenden Sprachregelungen in Belgien. Dabei dominiert in vielen Bereichen nach wie vor ein „monolingualer Habitus“ (ursprünglich: Gogolin 1994). Die Dominanz des Deutschen in seiner Standardform erscheint als selbstverständlich, nicht zuletzt aufgrund der historischen Entstehung Deutschlands als Sprach- und Kulturnation. Englischkenntnisse sind heute relativ weit verbreitet, allerdings in geringerem Maße als in anderen europäischen Ländern: Laut EU-Statistik gaben 2016 78,7 % der Einwohner Deutschlands an, mindestens eine Fremdsprache zu beherrschen, womit Deutschland EU-weit nur auf dem 15. Platz lag; nur 27 % der Personen mit Fremdsprachenkenntnissen gaben an, die am besten beherrschte Fremdsprache auf kompetentem Niveau zu sprechen, was sogar nur den 18. Rang bedeutete (Eurostat 2019). Migrantensprachen (z.B. Türkisch, Arabisch) und die damit verbundene Mehrsprachigkeit finden hingegen nur eingeschränkt Anerkennung, was sich u.a. auch an ihrem geringen Vorkommen im Bildungsbereich zeigt – so lernten im Schuljahr 2022/23 über 6,8 Millionen Schüler an gemeinbildenden Schulen Englisch und 1,2 Millionen Französisch, aber nur 87.000 Schüler Russisch und 33.000 Türkisch. Mehrsprachigkeit wird oft im Kontext von Integrationsfragen diskutiert (vgl. etwa Wiese et al. 2020; zu Sprachen als „Proxy“ für die Integration von Personen mit Migrationshintergrund im Zensus vgl. Adler 2019), und das Bewusstsein für die autochthonen Minderheitensprachen (Sorbisch, Friesisch u.a.) ist gering. Zwar hat Deutsch-

land die Europäische Charta für Regional- oder Minderheitensprachen ratifiziert und es existiert seit mittlerweile fast zwei Jahrzehnten das Minderheitensekretariat, aber diese Sprachen erhalten nur selten außerhalb des jeweiligen Kerngebietes Aufmerksamkeit und selbst in den jeweiligen Regionen ist das Bewusstsein der Mehrheitsbevölkerung nur schwach ausgeprägt (vgl. zum Sorbischen etwa Marten / Saagpakk 2019). Eine Bundestagsdebatte am 2. März 2023 anlässlich des 25. Jubiläums des Inkrafttretens der Charta (Deutscher Bundestag 2023) war in Hinblick auf die gesamtdeutsche Medienwirksamkeit für die autochthonen Minderheitensprachen eine Ausnahme, jedoch zeigten die Wortbeiträge die eher symbolische Funktion der Debatte, in der nur selten auf eine mögliche Weiterentwicklung konkreter sprachpolitischer Maßnahmen eingegangen wurde. Sprachpolitisch herrscht somit weitgehend eine „Laissez-faire“-Tradition vor. Als Resultat der (versuchten) Beeinflussung der Sprache durch die Nationalsozialisten und in der DDR ist Sprache im Grundsatz Privatsache (Marten 2016; vgl. dazu zusammenfassend auch Efnil 2019). Es gibt keine klar umrissene Sprach(en)politik wie in anderen Ländern. Deutsch ist nicht im Grundgesetz festgeschrieben, allerdings laut Verwaltungsverfahrensgesetz als Amtssprache und laut Gerichtsverfassungsgesetz als Gerichtssprache (hier wird für die sorbischen Gebiete auch Sorbisch erwähnt) definiert; laut Lebensmitteldurchführungsverordnung müssen Lebensmittel auf Deutsch gekennzeichnet sein. Über die amtlichen Orthographieregeln, die für Schule und Verwaltung verbindlich sind, entscheidet der zwischenstaatliche Rat für deutsche Rechtschreibung, in dem Deutschland 18 von 41 Mitgliedern stellt.

Trotz dieser wenig kohärenten Sprachpolitik kommt es jedoch auch in Deutschland immer wieder zu sprach(en)politischen Debatten. Die Rechtschreibreform der 1990er und frühen 2000er Jahre wurde umfangreich diskutiert; heute wird Sprache im Bildungsbereich viel Aufmerksamkeit zuteil, etwa der Deutschförderung von Migranten, die in einem Spannungsverhältnis zu Initiativen für mehr L1-Unterricht steht. Im Gegensatz zu einer aktiven Sprachpolitik herrscht in Deutschland eher eine Tradition der Sprachpflege. Dazu gehören puristisch motivierte Debatten, die sich z.B. gegen Anglizismen richten, wie etwa vom „Verein Deutsche Sprache“ (vgl. zur historischen Einbettung des „Kampfes gegen Fremdwörter“ in die Bildung nationaler Identität in Deutschland im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert Müller-Spitzer 2022: 28–30). Kampagnen wie „Wort des Jahres“ der Gesellschaft für

Deutsche Sprache und die private Initiative „Unwort des Jahres“ machen auf einen sich verändernden Sprachgebrauch aufmerksam bzw. versuchen durch die Thematisierung einzelner Lexeme auf die Wechselwirkung von Sprache und gesellschaftlichen Entwicklungen hinzuweisen.

In gesamtgesellschaftlichen Diskussionen gehört zu dem teilweise intensiven Streit dabei auch eine Benennung von ideologisch motivierten Präferenzen. In der Fachdiskussion hingegen gilt traditionell das Postulat der deskriptiv-analytischen Sprachwissenschaft. Wenn Sprachwissenschaftler/-innen sich etwa in der Sprachnormierung oder -beratung betätigen, geschieht dies zwar aufgrund ihrer fachlichen Expertise, aber in Abgrenzung zur wissenschaftlichen Analyse. In diesem Sinne entspricht die Tradition des Faches dem Grundsatz der Nichteinmischung in die Sprachentwicklung.

3 Aktuelle Sprachdebatten

In heutigen Sprachdiskursen lässt sich hingegen oft ein Gegensatz zwischen eher „konservativ“ und sich „progressiv“ verstehenden Argumentationen feststellen. Zu ersteren gehört z.B. ein gegen das Englische gerichteter Purismus. So kam es zu einem „Aufschrei“, als die FDP 2022 vorschlug, Englisch als zweite Sprache in der Verwaltung einzuführen (vgl. z.B. Zeit online 2023) – wobei oft missverstanden wurde, dass es nicht um flächendeckende Angebote, sondern nur um eine grundsätzliche Ermöglichung ging. 2014 erzeugte die Idee, Französisch als Verkehrssprache im Saarland (vgl. z.B. Holl 2014) zu etablieren, ähnliche Reaktionen – unter häufiger Verwechslung von Konzepten wie „Verkehrssprache“, „Amtssprache“ u.a. Debatten über Anglizismen werden regelmäßig etwa durch die „Sprachpanscher des Jahres“ lanciert (vgl. zur Anglizismendebatte z.B. Pfalzgraf 2019). Mediale Aufmerksamkeit erreicht zudem der Einfluss von Migrantensprachen auf das Deutsche, vor allem im Bildungskontext (Wiese et al. 2020). Laienlinguistische Einstellungen richten sich auch gegen Translanguaging, wenn etwa die Entstehung neuerer Varietäten wie „Kiezdeutsch“ (Wiese 2012) kritisiert wird.

Dem stehen Haltungen gegenüber, die sich als „progressiv“ verstehen. Aktive Eingriffe in das Sprachkorpus werden etwa damit begründet, dass einer sprachlichen Diskriminierung entgegengewirkt werden müsse. Ein prominentes Beispiel ist der Euphemismus „N-Wort“, der heute selbst in Metadiskursen oft das damit gemeinte Lexem ersetzt. Weniger saliente

Beispiele sind die Ablehnung von Lexemen wie „Zigeunerschnitzel“, aber auch in Umbenennungsdiskussionen zu Straßennamen zeigen sich sprachpolitische Eingriffe. Außerdem gehören zu „progressiveren“ Argumentationen oft eine generell größere Offenheit für Mehrsprachigkeit und mehr Verständnis für Personen mit sprachlichen Hintergründen, die mehr als „nur“ Deutsch umfassen.

4 Diskurse zum „Gendern“

Das möglicherweise am heftigsten diskutierte Thema im gesellschaftlichen wie im sprachwissenschaftlichen Diskurs in Deutschland ist heute jedoch das „Gendern“. Dies zeigt sich an der Vielzahl an Veröffentlichungen in Tages- oder Wochenzeitungen sowie regelmäßigen Meinungsumfragen. Auch die Bundeszentrale für politische Bildung widmete 2022 eine Ausgabe ihrer Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ, 5–7 / 2022) dem Thema. Im Editorial heißt es: „Die Frage nach der Art und Weise geschlechtergerechten Sprachgebrauchs scheint zur modernen Gretchenfrage geworden zu sein. (...) Die vehement geführte Debatte um Gendersternchen und generisches Maskulinum – und um alles, was dazwischen liegt – trägt mitunter Züge eines Kulturmärkts, bei dem Sprache nur stellvertretend für andere gesellschaftliche Großthemen verhandelt wird.“ Kotthoff (2020) ordnet in diesem Sinne Praktiken des „Genderns“ verschiedenen sozialen Gruppen und politischen Verortungen zu: Einer sprachkonservativen Verortung durch den Gebrauch des generischen Maskulinums stehen „progressive“ bzw. „queere“ Praktiken von Gendersternchen o.ä. gegenüber; davon abzugrenzen ist allerdings eine feministische Haltung, die sich im Gebrauch von binären Formen wie dem „Binnen-I“ spiegelt. Außerdem stellt Kotthoff (2020: 106) fest, dass in der Schriftsprache durchaus Mischformen eines „flexiblen Genderns“ vorkommen, d.h. innerhalb eines Textes verschiedene Varianten gewählt werden. Außerdem sollte hier hinzugefügt werden, dass ein Teil der Bevölkerung einen „naiven“ ususgeprägten Gebrauch pflegt, d.h. die Wahl bestimmter Formen nicht immer mit einer bewussten Verortung einhergehen muss, diese aber dennoch ein Indiz für eine unbewusste Positionierung im Diskurs sein kann. Verstärkt wurde der Gebrauch gerade von Formulierungen, die auch nicht-binäre Formen einbeziehen, durch die nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2017 im Jahr 2018 per Gesetz eingeführte Möglichkeit, das

Geschlecht als „divers“ im Geburtenregister eintragen zu lassen (Deutscher Bundestag 2018).

Zur „geschlechtersensiblen Sprache“ gibt es mittlerweile eine Vielzahl an Publikationen (z.B. Kotthoff / Nübling 2018; Baumann / Meinunger 2017; Spieß / Reisigl 2017) – wissenschaftliche Texte ebenso wie Polemiken oder Ratgeber – von denen hier nur exemplarisch einige Studien bzw. Perspektiven erwähnt werden können. Einige davon versuchen, Argumente für und gegen bestimmte Praktiken zu diskutieren und abzuwägen. Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung fasst in ihrer Stellungnahme „Drei Fragen zu ‚gendergerechter Sprache‘“ zusammen, dass man „die Frage der ‚gerechten Sprache‘ unter rechtlichen und im Hinblick auf die sprachlichen Fakten“ betrachten kann, wobei diese nach „moralischen, praktischen, ästhetischen“ Aspekten bewertet werden können (man könnte hier außerdem sprachstrukturelle Aspekte als weitere Kategorie hinzufügen). Viele andere Publikationen beziehen hingegen klar Stellung. Manche Veröffentlichungen werden kontrovers diskutiert, etwa als der „Duden“ einföhrte, maskuline Formen (z.B. „Bäcker“) primär als „männliche Person“ zu definieren und erst sekundär auch auf generische Funktionen hinzuweisen (vgl. zur Berichterstattung z.B. Rütten 2021). Zu den gängigen Argumenten für das „Gendern“ gehört der Verweis auf psycholinguistische Studien, nach denen die Nennung von Feminina oder mehrerer Genera zu einer (stärkeren) mentalen Repräsentation nicht-männlicher Geschlechter beitragen kann, womit die Gleichstellung von Frauen und Männern gefördert werden könne (überblicksartig: Kotthoff / Nübling 2018: 91–128; eine grundlegende Studie ist z.B. Gygax et al. 2008). Dabei ist eine wichtige Frage, um welche „Genderform“ es sich eigentlich handelt. Studien von Heise (z.B. 2000) zeigen etwa, dass das generische Maskulinum („Lehrer“) tendenziell mehr Assoziationen mit Männern als mit Frauen hervorruft, Formen wie „Lehrer/-innen“ ausgewogen interpretiert werden, das Binnen-I („LehrerInnen“) jedoch Frauen mehr markiert als Männer. Durch das gestiegene Bewusstsein für nicht-binäre Geschlechteridentitäten wurde dieses Management des Sprachkorpus in jüngerer Zeit zudem um eine Symbolisierung weiterer Geschlechteridentitäten erweitert: Körner et al. (2022) bestätigen, dass das generische Maskulinum mehr zu Assoziationen mit Männern führt, Gendersternchen mehr Frauen betonen, am ausgeglichensten jedoch eine Beidnung von Männern und Frauen ist; eine

Beidnennung zeigt in der Oberflächenstruktur allerdings keine Geschlechteridentitäten jenseits der traditionellen binären Wahrnehmung von männlichen und weiblichen Identitäten. Eine differenzierte Studie wurde auch z.B. von de Backer / de Cuypere (2012) vorgelegt, in der zwischen Singular und Plural unterschieden wird.

Gemein ist derartigen Untersuchungen, dass im Sinne eines sozial-konstruktivistischen Sprachverständnisses davon ausgegangen wird, dass eine vergrößerte Aufmerksamkeit für eine Personengruppe auch zu sozialer Veränderung führen kann – wobei für Befürworter des „Genderns“ dieses Argument gegenüber anderen Vorrang haben sollte. Auch wenn es keinen Nachweis dafür gibt, dass das „Gendern“ tatsächlich die Gesellschaft verändert, ist dabei weitgehend Konsens, dass durch markierte Formen Aufmerksamkeit erreicht wird und Diskussionen über Sprache dazu beitragen können, dass mehr Menschen über das Thema „Geschlechtergerechtigkeit“ nachdenken. Andererseits weist etwa Kotthoff (2020: 121) darauf hin, dass „die sprachkonservative Haltung [...] nicht mit einer Vorliebe für patriarchale Strukturen“ verwechselt werden dürfe; „[a]lle AutorInnen betonen ihr Interesse an einer Gleichberechtigung der Geschlechter, aber sie sehen Morphologie nicht als Faktor der Emanzipation“ (*ibid.*).

Typische Argumentationen gegen einen Eingriff in die Sprache durch das „Gendern“ (eine umfassende Begründung, warum das generische Maskulinum sinnvoll ist, liegt mit Meineke (2023) vor) beziehen sich hingegen häufig auf die Sprachstruktur. So müsse der Unterschied zwischen Genus und Sexus berücksichtigt werden, zudem widerspricht etwa der Glottisschlag vor einem grammatischen Suffix der phonologischen Struktur des Deutschen. Die Legitimität des generischen Maskulinums wird auch etwa mit dem Konzept der „inklusiven Opposition“ („Tag vs. Nacht“) begründet, oder mit der unterschiedlichen Markiertheit maskuliner und anderer Formen. Außerdem ist ein „generisches Maskulinum“ in den Sprachen der Welt nicht ungewöhnlich, und auch im Deutschen ermögliche sein Gebrauch seit langem eine pragmatische und sprachökonomische Einbeziehung aller Geschlechter. Zu den praktischen Argumenten gegen das „Gendern“ gehören auch eine bessere Lesbarkeit oder Platzgründe, insbesondere in der medialen Schriftsprache. Im Kontext von Behörden oder Schulen wird außerdem darauf hingewiesen, dass es zunächst einer Änderung der amtlichen Rechtschreiberegeln bedürfe, bevor in staatlichen Kontexten „gegendert“ werden dürfe. Dies gilt auch für den DaF-

Bereich – das „Gendern“ erschwere das Deutschlernen; zumindest müssten die damit verbundene soziale Positionierung und der mangelnde offizielle Status einiger Formen thematisiert werden. Und schließlich spielen auch ästhetische Fragen eine Rolle – so wird gerade in literarischen Texten bislang nur selten „gegendert“.

Im gesellschaftlichen Diskurs fällt auf, dass das Objekt der Diskussion oft nur undeutlich definiert wird. So werden Formen wie das Binnen-I, das Gendersternchen oder Doppelpunkte immer wieder in einen direkten Gegensatz zum generischen Maskulinum gestellt. „Zwischenformen“ wie etwa Beidnennungen („Lehrerinnen und Lehrer“) oder Ersatzformen (z.B. „Lehrkräfte“), die zudem den amtlichen Rechtschreiberegeln entsprechen, werden jedoch oft außen vorgelassen. Dies zeigt sich auch in Meinungsumfragen, die regelmäßig zeigen, dass die Sprachgemeinschaft Eingriffe in die Sprache im Sinne des „Genderns“ klar ablehnt – und dies unabhängig von der konkreten Fragestellung. So stehen in einer Umfrage vom Mai 2021 zum „Gendern“ in den Medien 16 % Befürwortern 65 % Ablehnungen gegenüber (Statista 2021). Die Frage der linken Zeitung „Der Freitag“ vom Juni 2022, ob „die Nutzung geschlechtsneutraler Sprachformulierungen Ihrer Meinung nach eine sinnvolle Maßnahme zur Gleichstellung aller Geschlechter“ sei (Der Freitag 2022), ergab ebenso eine klare Ablehnung des „Genderns“ (ca. 79 % dagegen vs. ca. 15 % dafür) wie eine 2023 durchgeführte Umfrage der „Sächsischen Zeitung“ und des konservativen „Focus“ (ca. 80 % vs. ca. 14 %), ob man „geschlechtergerechte Sprachformen persönlich eher gut oder schlecht“ finde (Sächsische Zeitung 2022).

Jäckle (2022) zeigt in Hinblick auf Korrelationen zwischen dem „Gendern“ und politischen Ansichten zudem, dass Anhänger aller großen Parteien in Deutschland mehrheitlich dagegen sind, und auch in nach fast allen anderen Faktoren (Alter, Geschlecht, sozioökonomischer Status) differenzierten Gruppen überwiegt die Ablehnung des „Genderns“, wenngleich Personen, die sich als eher links verorten und jüngere Menschen mit einer größeren Wahrscheinlichkeit „gendern“ als eher konservative und ältere Personen. Der Faktor, der am stärksten mit einer Befürwortung des „Genderns“ korrelierte, war hingegen die Akzeptanz staatlicher Eingriffe in das persönliche Leben der Bürger.

5 Präskriptive vs. deskriptive Sprachwissenschaft

Vor dem Hintergrund dieser Argumente und Einstellungen in der Sprachgemeinschaft soll nun die Positionierung der deutschsprachigen Sprachwissenschaft zum „Gendern“ genauer beleuchtet werden. Dabei geht es gerade im Hinblick auf die Akzeptanz von Eingriffen in das Leben der Menschen auch um das Selbstverständnis des Faches. Es ist heute weitgehend Konsens, dass die Sprachwissenschaft dem Grundprinzip der deskriptiven Analyse folgt. Dies belegen nicht zuletzt Einführungswerke in die Sprachwissenschaft, so etwa das an vielen Universitäten eingesetzte und mehrfach neu aufgelegte Werk von Busch / Stenschke (urspr. 2007): Am Beispiel des „Sprachpanschers des Jahres“ wird der Gegensatz zwischen Sprachwissenschaft und Sprachkritik aufgezeigt. Danach gehört dieser Preis in den Bereich von Sprachkritik und -politik, wohingegen die Sprachwissenschaft die Veränderung von Sprache lediglich dokumentieren und nach Hintergründen fragen solle (Busch / Stenschke 2007: 15). Präskriptive Ansätze wie die Frage, was „gute“ Sprache ist, gelten heute hingegen als altmodisch und weitgehend unwissenschaftlich. Wo Sprache normiert wird, wie etwa im internationalen Rat für deutsche Rechtschreibung, dominieren pragmatische Ansätze: Die Festlegung von Normen orientiert sich am realen Sprachgebrauch und ist nur für begrenzte, zumeist offizielle Domänen verbindlich. In Hinblick auf die „geschlechter-sensible Sprache“ beobachtet der Rat somit auch weiterhin, wie sich die Sprache entwickelt – Gendersternchen und andere Sonderzeichen entsprechen damit bis heute nicht der amtlichen Rechtschreibung. Außerhalb amtlicher Kontexte sollen die Sprecher/-innen hingegen selbst entscheiden, wie sich Sprache entwickelt. Dies gilt auch für soziale oder regionale Nicht-standardvarietäten, Sprachwandelphänomene oder Translanguaging, die – im deskriptiven Sinne – als „normal“ charakterisiert und von der Sprachwissenschaft als Objekt der Analyse, nicht aber als korrekturwürdig betrachtet werden.

In diesem Sinne ist es eine Neuerung, dass im sprachwissenschaftlichen Diskurs zum „Gendern“ immer wieder neue Normen vorgeschlagen werden und damit die Sprache aktiv beeinflusst wird. Deutschsprachige Debatten stehen damit im Kontext der internationalen (zumeist englischsprachigen) Sprachwissenschaft. Spitzmüller (2022: 6) weist darauf hin, dass es im Selbstverständnis der Soziolinguistik verschiedene Positionen gibt: So kann Soziolinguistik als „Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft“ oder als „Linguistik

der (sprachlichen) Variation“ betrachtet werden; ein anderer Teil der Community betrachte Soziolinguistik hingegen als „sozialkritische Linguistik“, die „auch auf sprachbedingte gesellschaftliche Missstände (etwa sprachliche Diskriminierung und sprachbedingte soziale Ungleichheit) hinweist mit dem Ziel, diesbezüglich zu einer gesellschaftlichen Verbesserung beizutragen“, wobei diese Haltung gleichzeitig „am kontroversesten“ sei. Durch das Postulat einer bewussten Einflussnahme auf die „reale Welt“ als Ziel, nicht nur als mögliche Folge von zunächst „neutral“ generierten Daten, wird die Position einer deskriptiven Wissenschaft programmatisch verlassen.

Folgende Aussagen renommierter Sprachwissenschaftlerinnen auf Tagungen jüngeren Datums zeigen, welche Auswirkungen dieses Verschwinden der Grenze von Sprachwissenschaft und -politik haben kann. So argumentierte z.B. die einflussreiche Soziolinguistin Elana Shohamy im Eröffnungsvortrag auf dem Linguistic Landscape Workshop 13 in Hamburg am 07.09.2022, das Ziel der Dokumentation von Sprache in der Öffentlichkeit sei es zu „observe the multiple layers of meanings in the context (semiotic layers), examine it critically and... modify injustices if needed.“ Dies führe schließlich zu „activism and change“ – Wissenschaft hat also Aktivismus zum Zweck. Ähnlich heißt es bei Shohamy / Pennycook (2022: 43): „Critical LL pedagogies need to help students develop a vision of social transformation, an alternative world worth striving for, as well as a means to develop activist orientation“. Noch deutlicher zeigte die deutsch-südafrikanische Soziolinguistin Ana Deumert in ihrem Plenarvortrag auf der 3. International Conference on Sociolinguistics in Prag (24.-26.08.2022) ihre politische Verortung: In ihre Präsentation war nicht nur ein Bild von Karl Marx prominent eingebettet, dieses wurde auch durch den klaren Aufruf „Stop Capitalism“ untermauert. Wie auch immer man eine derartige politische Verortung beurteilt – hier liegt sicherlich keine deskriptive Wissenschaft mehr vor.

Ein ähnlicher Mangel an Distanzierung vom Untersuchungsobjekt findet sich in Diskussionen zur „geschlechtersensiblen Sprache“ im deutschsprachigen Kontext. Ein Beispiel für das Verschwinden der Grenze zwischen Wissenschaft und Aktionismus sind die Ausführungen von Reisigl / Spieß (2017: 23) zum „vermeintlich generischen Maskulinum“:

Wer ab den 1970er Jahren durch feministische Sprachpolitik und später durch Genderlinguistik erfolgreich sensibilisiert und politisiert wurde,

wird beim Lesen und Vernehmen maskuliner Personenbezeichnungen nicht mehr so leicht auf die Idee verfallen, dass sie eine generische Bedeutung haben.

Daran mag richtig sein, dass Personen, die sich seit Jahrzehnten im Umfeld der feministischen (und damit nicht primär deskriptiven) Sprachwissenschaft aufgehalten haben, in der Tat das „generische Maskulinum“ nur noch „politisiert“ bewerten. Weiter heißt es jedoch:

Fehlende Sprachreflexion und fehlendes sprachliches Gespür, auch wenn sie eine gewisse Verbreitung finden, können kein plausibles Argument für den Gebrauch nicht geschlechtergerechter Sprachformen sein. (ibid.)

Diese Argumentation ist insofern bemerkenswert, als dass „gewisse Verbreitung“ eine sehr unpräzise Charakterisierung von Sprachpraktiken ist, die über Jahrhunderte üblich waren und – wie die Umfragen zeigen – nach wie vor von der großen Mehrheit der Sprecher/-innen bevorzugt werden. Gleichzeitig wird durch Behauptungen, dass Menschen, die nicht „gndern“, nicht genug reflektierten und kein ausreichendes Gespür hätten, der wissenschaftliche Diskurs klar verlassen. Es liegt auf der Hand, dass Empfindungen und Überlegungen, die auf eine andere Meinung hinauslaufen als die hier politisch erwünschte, delegitimiert werden sollen.

Dass dies kein Einzelfall ist, zeigt etwa der Band „Richtig gendern – Wie Sie angemessen und verständlich schreiben“ des Duden-Verlages (Diewald / Steinhauer 2017: 5):

Die Einsicht, dass eine moderne Gesellschaft sich der Aufgabe stellen muss, eine gendergerechte Sprache zu etablieren, hat sich seit einigen Jahrzehnten im deutschsprachigen Raum – wie in allen westlichen Gesellschaften – großflächig durchgesetzt.

Neben dem Titel des Bandes, der die Möglichkeit, nicht zu „gndern“, grundsätzlich auszuschließen scheint, ist die Behauptung, das „Gendern“ habe sich „großflächig durchgesetzt“ in Hinblick auf den nach wie vor regelmäßigen mündlichen wie schriftlichen Gebrauch des „generischen Maskuli-

nums“ in öffentlichen wie privaten Kontexten sowie dessen durch wiederholte Umfragen bestätigte Befürwortung bei der Mehrheit der Bevölkerung offensichtlich falsch, wobei in Verbreitung und Akzeptanz unterschiedlicher Varianten „geschlechtersensibler“ Formulierungen Unterschiede bestehen. Weiter heißt es in einem „Merksatz“ (S. 29):

Die maskuline Form bei geschlechtsdifferenzierenden Personenbezeichnungen ist **keine** geschlechtsneutrale Form. Der Ausdruck „generisches Maskulinum“ ist sachlich unzutreffend und irreführend.

Auch diese Behauptung ignoriert die in vielen Teilen der Gesellschaft auch heute noch gängige Praxis, die auch von renommierten Sprachwissenschaftler/-innen unterstützt wird, und argumentiert unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Expertise zugunsten ideologisch motivierter Sprachveränderungen. Um dies noch einmal zu betonen: Eine derartige Präferenz des „Genderns“ ist für sich völlig legitim – nur sollte sie klar als Meinung gekennzeichnet werden, die durch ein Abwägen unterschiedlicher – im Sinne der Akademie für Sprache und Dichtung praktischer, ästhetischer und moralischer – Argumente und Perspektiven entstanden ist. Die Priorisierung nicht immer eindeutiger Ergebnisse psycholinguistischer Studien und die daraus abgeleitete sozialkonstruktivistisch motivierte Argumentation kann zu individuellen sprachpolitischen Entscheidungen im Sinne des „Genderns“ führen – aber sie sollte nicht dazu genutzt werden, Einstellungen, die auf einer anderen Gewichtung der vorhandenen Argumente beruhen, zu delegitimieren. Auf ähnliche Weise tut das zusammenfassende Kapitel von Diewald / Steinhauer (2017) Gegenmeinungen zum „Gendern“ mit Bemerkungen ab, die Autor/-innen hätten „keine Kenntnis der Forschungslage“ oder „ignorierten diese“.

Es wundert insofern nicht, dass sich immer wieder auch Sprachwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftler gegen eine derartig präskriptiv ausgerichtete Sprachwissenschaft wehren. Besondere Prominenz erlangte der Aufruf „Linguistik vs. Gendern“ im Juli 2022, der unterschiedliche Argumente zusammenfasst, sich primär aber gegen das „Gendern“ in öffentlich-rechtlichen Medien wendet und den bis Juni 2023 fast 800 Sprach- und Literaturwissenschaftler/-innen unterzeichnet haben (Linguistik vs. Gendern 2022).

Eine populärwissenschaftliche Aufbereitung dieser polarisierenden und nicht immer sachlichen Debatte durch renommierte Sprachwissenschaftler/-innen findet sich in der bereits zitierten Ausgabe von „APuZ“. So wendet sich Eisenberg explizit gegen autoritäre Tendenzen eines präskriptiven Ansatzes:

Sprachliches Gendern vergeht sich an unserem höchsten Kulturgut, führt in den meisten Kontexten zu autoritärem, widerrechtlichem Verhalten und ist undemokratisch. Mit Geschlechtergerechtigkeit oder Gendersensibilität hat all das kaum etwas zu tun. (Eisenberg 2022: 35)

Dem steht etwa die Argumentation von Lind / Nübling gegenüber:

Unsere Ausführungen zeigen einerseits, dass der Zusammenhang zwischen Sprache und Bewusstsein, zwischen Genus und Geschlecht alles andere als obsolet ist, wie dies von Verfechter:innen des generischen Maskulinums gern behauptet wird.

Gleichzeitig konzidieren die Autorinnen, dass Wissenschaft nicht polarisieren, sondern komplexere Strukturen untersuchen solle: „Andererseits ist der Konnex zwischen sprachlicher Form und mentaler Repräsentation nicht so eng, wie von Gender- und Diversitätsaktivist:innen öfters angenommen. Wissenschaft bestätigt selten die im öffentlichen Diskurs vorgenommenen Polarisierungen, sondern erforscht den viel interessanteren, aber komplexeren Graubereich zwischen den Polen.“ Gleichzeitig empfehlen Lind / Nübling aber der Sprachgemeinschaft,

auf maskuline Personenbezeichnungen im Singular wie *Professor* oder *Arzt* zu verzichten. Stattdessen sollten, wo möglich, primär geschlechtsneutrale Formulierungen gewählt werden (zum Beispiel Partizipien im Plural oder Umschreibungen). Wo dies nicht möglich ist, kann man auf geschlechterinklusive Schreibungen mit Sonderzeichen wie Stern oder Doppelpunkt zurückgreifen. (Lind / Nübling 2022: 42–43)

Diese ambivalente Haltung verdeutlicht Nübling in einem Interview in der FAZ vom 08.08.2022 als Reaktion auf den oben erwähnten Aufruf von

linguistik-vs-gendern.de. Einerseits stimmt sie zu, man solle „auch das gene-
rische Maskulinum tolerieren, wenn manche das für richtig halten. Es darf nie
darum gehen, jemandem eine Sprechweise vorzuschreiben.“ Gleichzeitig
argumentiert sie, viele Unterstützer des Aufrufes brächten sich „in eine
Opferposition, behaupten, ihnen würde eine neue Sprache vorgeschrieben.
Niemand schreibt ihnen etwas vor, niemand muss seine Sprache ändern“
(Göhlsdorf 2022).

Die Brandmarkung als „Opfer“ und die Behauptung, niemandem werde
eine Sprechweise vorgeschrieben, widerspricht jedoch auch in der Sprachwis-
senschaft verbreiteten Argumentationen wie den oben dargestellten von
Reisigl / Spieß (2017) oder Diewald / Steinhauer (2017). Außerdem behauptet
Nübling in dem Interview, in der Sprachwissenschaft „schüttele man nur den
Kopf über die Debatte im Feuilleton“. Dass dies schllichtweg falsch ist und
lediglich dazu dienen kann, andere Positionen zu delegitimieren, zeigen die
zahlreichen Gegenargumentationen von Sprachwissenschaftler/-innen, nicht
zuletzt im zitierten APuZ-Heft und auf linguistik-vs-gendern.de.

Welche Auswirkungen derartige Delegitimierungen haben können, zeigt
sich, wenn es in universitären Kontexten zu Kontroversen zum „Gendern“
kommt – etwa wenn eine schlechtere Benotung angedroht wird, wenn jemand
nicht „gendert“. Dabei ist zu unterscheiden zwischen reinen Empfehlungen,
konkreteren Leitlinien, wie sie heute an vielen Einrichtungen existieren, und
expliziten Vorschriften (eine überblicksartige Berichterstattung findet sich bei
Thiel (2022)). In jedem Fall handelt es sich um sprachpolitische Eingriffe, die
das individuelle Sprachverhalten beeinflussen können, gerade in Fällen eines
Abhängigkeitsverhältnisses wie zwischen Studierenden und Dozent/-innen.
Ein Beispiel für ein klares Verbot ist hingegen, dass das Studierendenparla-
ment der FU Berlin in seiner Satzung verankert hat, dass Anträge, die nicht
„gegendert“ sind, gar nicht mehr behandelt werden. Dabei werden sogar
ausdrücklich nicht-binäre Formen eingefordert, eine Beidnung von
femininen und maskulinen Formen oder das Binnen-I fallen ebenfalls unter
diese Sanktion (Schulz 2023).

Im sprachwissenschaftlichen Kontext stellt die XVII. Internationale
Tagung der Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer (IDT) 2022 in Wien ein
Beispiel für ein derartiges Verbot dar (der Diskurs in Österreich ist ein etwas
anderer als in Deutschland; die IDT allerdings richtet sich an ein inter-

nationales deutschsprachiges Publikum). Im Logo der IDT war das Gendersternchen deutlich präsent, wodurch Interessierten bereits bei der ersten Annäherung an die Tagung eine klare symbolische Positionierung im Diskurs demonstriert wurde. Zum Einreichen der Abstracts und zu den Vorträgen heißt es:

Welche Form der geschlechterinklusiven Sprache verwendet werden soll, ist an der Universität Wien nicht vorgeschrieben. Empfohlen wird allerdings der Gender-Stern (Asterisk, *). (...) Nicht ausreichend ist es, am Beginn oder am Schluss eines Textes darauf hinzuweisen, dass die männliche Form verwendet wird, Frauen aber mitgemeint seien. Ebensowenig sind binäre Formulierungen (Binnen-I, Doppelform) ausreichend.

(Universität Wien o.J.; IDT Wien 2022).

Auch hier wird die Grenze zwischen einer sprachpolitischen Empfehlung und einem autoritär anmutenden Gebot klar überschritten. Gerade vor dem Hintergrund der angesprochenen Zielgruppe und der Fachdiskussion wird hier klar sprachpolitisch Stellung bezogen; Personen, die andere Praktiken als die gewünschten bevorzugen, müssen sich entscheiden, ob sie ihren sprachlichen Überzeugungen bzw. dem Ergebnis ihrer persönlichen Abwägungen zuwiderhandeln oder keinen Vortragsvorschlag einreichen (wobei der Titel der Tagung selbst entsprechend der Tagungstradition dem Gebot widersprach). Gleichzeitig wird durch die Einordnung dieser Anweisung in die Rubrik „Qualitätskriterien“ der Eindruck erweckt, dass „Gendern“ etwas mit fachlicher Qualität zu tun hätte.

Insgesamt zeigt sich somit, dass sich Sprachwissenschaft und Sprachpolitik bzw. Deskriptivismus und Präskriptivismus auch im wissenschaftlichen Diskurs stark vermischen.

6 Schlussfolgerungen und Ausblick

Ziel dieses Beitrages war es, aktuelle deutschsprachige sprachpolitische Debatten im Kontext der deskriptiv-analytischen Wissenschaftstradition zu beleuchten. Als gesellschaftlich kontroverses Thema ist das „Gendern“ heute ein seltenes Beispiel für eine aktive Sprachpolitik in Deutschland, d.h. den bewussten Eingriff in die Sprache, um diese im Sinne eines übergeordneten

ideologischen Zielen zu verändern. Sowohl für als auch gegen das „Gendern“ gibt es eine Vielzahl an Argumenten, wobei die Mehrheit der Bevölkerung nicht-„gegenderte“ Formen bevorzugt. Anhand von Beispielen aus dem fachlichen Diskurs wurde im Anschluss gezeigt, wie das sprachpolitische Postulat des Deskriptivismus zugunsten präskriptiver Haltungen in Frage gestellt und die Grenze zwischen Analyse und Aktivismus eingerissen wird.

Dieser Gegensatz zur üblichen sprachpolitischen Tradition des „Laisser-faire“ in Deutschland kann helfen zu erklären, warum die gesellschaftliche Debatte so emotional wird, wenn durch gezielte Interventionen versucht wird, tradierte Sprachpraktiken zu delegitimieren. Wenn sich zudem in der Sprachwissenschaft die Neigung zu sprachlichen Vorschriften durchsetzt, kann von einem Paradigmenwechsel zu einer Wiederbelebung des Präskriptivismus gesprochen werden. Damit gibt die Sprachwissenschaft ihren Anspruch auf, so neutral wie möglich zu sein – im Sinne von Spitzmüllers (2022) Feststellung, dass ein Teil der Soziolinguistik sich heute offensiv dazu bekennt, vor dem Hintergrund einer politischen Agenda tätig zu sein.

Im Sinne der liberalen Grundausrichtung der Gesellschaft in Deutschland wie der deskriptiven Tradition der Sprachwissenschaft sollte jedoch der sprachwissenschaftliche vom aktiven sprachpolitischen Diskurs getrennt werden. Zu einer Differenzierung der Debatte zum „Gendern“ würde dabei beitragen, wenn zwischen verschiedenen Ausprägungen bzw. Kontexten unterschieden würde. Dazu gehört die fundamentale Unterscheidung zwischen privatem und öffentlichem Sprachgebrauch: Auf privater Ebene gilt das Recht des Einzelnen auf freie Wahl der sprachlichen Mittel, auf offizieller Ebene hat die Bevorzugung einzelner Varianten oder Strukturen viel größere Auswirkungen, wobei gleichzeitig etwa in Behörden oder im Schulwesen grundsätzliche Regeln nötig zu sein scheinen, um einen reibungslosen Ablauf von Arbeitsprozessen bzw. die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft durch eine Sprache, deren Beherrschung als Grundlage des Miteinanders vorausgesetzt wird, zu gewährleisten. Gleichzeitig sollte in sprachlichen Debatten wie in etwaigen Vorschriften differenziert werden – etwa zwischen „radikaleren“ und „moderateren“ Praktiken des „Genderns“, zwischen Singular und Plural oder der Frage, ob konkrete Personen oder abstrakte Gruppen bezeichnet werden.

Dabei soll nicht in Abrede gestellt werden, dass auch Sprachwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftler politisch aktiv sein können. Jedoch zeigen regelmäßige Beispiele, wie im wissenschaftlichen Diskurs die Grenze

zum politischem Handeln überschritten wird, und welche Auswirkungen dies auf andere Bereiche der Wissenschaft und auf die Gesamtgesellschaft haben kann.

Es soll an dieser Stelle noch einmal betont werden, dass es in diesem Beitrag gerade nicht um eine Befürwortung oder Ablehnung bestimmter Sprachpraktiken gehen soll. Es gibt gute Argumente sowohl für als auch gegen das „Gendern“ bzw. unterschiedliche Formen eines „geschlechtersensiblen Sprachgebrauchs“. Wie in einer liberalen Gesellschaft eigentlich selbstverständlich, geht es um Respekt gegenüber anderen Ansichten, Lebenserfahrungen und Bedürfnissen, um Toleranz, und in diesem Fall um einen Pluralismus sprachlicher Einstellungen und Praktiken. Durch das „Gendern“ sollte es aber zu keiner Verstärkung antiliberaler Polarisierungen kommen. Dies gilt für die Pflicht zum „Gendern“ ebenso wie für das Verbot nicht-offizieller Formen. Entscheidungen für oder gegen bestimmte Sprachpraktiken sind immer auch individuelle sprachpolitische Entscheidungen unter Abwägung verschiedener Argumente in einem bestimmten Kontext. Anderen bestimmte sprachliche Haltungen aufzwingen zu wollen, führt jedoch zu autoritären Tendenzen, die weder in der Gesellschaft allgemein noch in der Sprachwissenschaft wünschenswert sein können. Insofern ist dieser Beitrag auch ein Plädoyer dafür, die Trennung von Sprachwissenschaft und sprachlichem Aktivismus beizubehalten – wie eine Trennung von Information und Meinung eine Grundregel des Qualitätsjournalismus ist. Dies sollte dabei unabhängig von der Frage gelten, ob jemand die möglichen politischen Implikationen einzelner Argumente unterstützt.

Dies gilt für die sprachwissenschaftliche Diskussion selbst, in der Respekt vor unterschiedlichen Positionen selbstverständlich sein sollte. Gleichfalls sollte der Bevölkerung das Recht zugestanden werden, im Sinne der sprachpolitischen Laisser-Faire-Tradition in Deutschland über Sprachentwicklung und -wandel selbst zu entscheiden. Gerade in Anbetracht der Regelmäßigkeit der Beiträge zur Debatte, wodurch eine Vielzahl von Stellungnahmen und Perspektiven ohne Mühe der breiteren Bevölkerung zugänglich gemacht wird, ist das Recht auf individuelle Meinungsbildung und Abwägung von Argumenten von elementarer Bedeutung für eine liberale Gesellschaft. In diesem Sinne argumentiert auch die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, dass „Sprache wie jedes Handeln durch Achtung vor dem Mitmenschen geleitet sein“, gerade Sprache von Recht und Verwaltung aber auch einfach sein und

Sprachgebrauch insgesamt „Plumpheit vermeiden und nach bewusstem Ausdruck streben“ solle. Somit „kann es auch keine einfachen Regeln geben“. In diesem Sinne bleibt zu hoffen, dass sich die im mehrfach zitierten APuZ-Heft geäußerte Einschätzung von Simon (2022) bewahrheitet: „Es kommt, wie es kommt. In gewisser Hinsicht beruhigend ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die Gesellschaftsordnungen der Länder, in denen Deutsch vornehmlich gesprochen wird, es erlauben, dass der Sprachsouverän selbst, nämlich die Gemeinschaft aller Deutschsprachigen, schlussendlich die Entscheidungsmacht über die (Nicht-)Akzeptanz geschlechtergerechten Sprachgebrauchs haben wird.“ (Simon 2022: 22)

Literaturverzeichnis

- Adler, Astrid (2019): „Sprachstatistik in Deutschland“. *Deutsche Sprache* 3/19, 197–219.
- Adler, Astrid / Roessel, Janin (2023): „Welche Veränderungen fallen Menschen in der deutschen Sprache auf? Sprache in Zahlen: Folge 11“. *Sprachreport* 3/2023, 34–38.
- Baumann, Antje / Meinunger, André (Hrsg.) (2017): *Die Teufelin steckt im Detail. Zur Debatte um Gender und Sprache*. Berlin: Kadmos.
- Busch, Albert / Stenschke, Oliver (2007): *Germanistische Linguistik: Eine Einführung*. Tübingen: Narr.
- De Backer, Maarten / De Cuyper, Ludovic (2012): „The interpretation of masculine personal nouns in German and Dutch: A comparative experimental study“. *Language Sciences* 34(3), 253–268. <https://doi.org/10.1016/j.langsci.2011.10.001>.
- Der Freitag (2022): Ist die Nutzung geschlechtsneutraler sprachformulierungen Ihrer Meinung nach eine sinnvolle Maßnahme zur Gleichstellung aller Geschlechter? Zugang: <https://civey.com/umfragen/4474/ist-die-nutzung-geschlechtsneutraler-sprachformulierungen-irrer-meinung-nach-eine-sinnvolle-massnahme-zur-gleichstellung-aller-geschlechter> [letzter Zugriff: 30.11.2023].
- Deutscher Bundestag (2018): Gesetz zur Änderung der in das Geburtenregister einzutragenden Angaben. Zugang: <https://dip.bundestag.de/vorgang/gesetz-zur-%C3%A4nderung-der-in-das-geburtenregister-einzutragenden-angaben/239069> [letzter Zugriff: 30.11.2023].
- Deutscher Bundestag (2023): Debatte zu 25 Jahre EU-Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. Zugang: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw09-de-vereinbarte-debatte-933850> [letzter Zugriff: 30.11.2023].
- Diewald, Gabriele / Steinhauer, Anja (2017): *Richtig gendern. Wie Sie angemessen und verständlich schreiben*. Berlin: Duden.
- Efnil (o.J.): Germany/Allemagne. Zugang: <https://efnil.org/projects/language-legislation-europe-alle/germany-allemagne/> [letzter Zugriff: 30.11.2023].
- Ehrhardt, Claus (2022): „Sprachlandschaften als Erinnerungsräume. Die Debatte um das Berliner Afrikanische Viertel“. In: Heinz, Friederike / Agossavi, Simplice / Ahouli, Akila / Logossou, Ursula / Schiewer, Gesine Lenore (Hrsg.): *Afrika im deutschsprachigen Kommunikationsraum*. Bielefeld: transcript, 299–318.

- Eisenberg, Peter (2022): „Weder geschlechtergerecht noch gendersensibel“. *APuZ* 5–7 (2022), 30–35.
- Eurostat (2019): Foreign language skills statistics. Zugang:
https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Foreign_language_skills_statistics#Number_of_foreign_languages_known [letzter Zugriff: 30.11.2023].
- Gogolin, Ingrid (1994): *Der monolinguale Habitus der multilingualen Schule*. Münster u.a.: Waxmann.
- Göhlsdorf, Novina (2022): „Wir schütteln nur den Kopf darüber“. Zugang:
<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/gender-debatte-im-rundfunk-sprachwissenschaftlerin-im-interview-18223882.html?premium> [letzter Zugriff: 30.11.2023].
- Gygax , Pascal / Gabriel, Ute / Sarrasin, Oriane /, Oakhill, Jane / Garnham, Alan (2008): „Generically intended, but specifically interpreted: When beauticians, musicians, and mechanics are all men“. *Language and Cognitive Processes* 23(3), 464–485. DOI: 10.1080/01690960701702035.
- Heise, Elke (2000): „Sind Frauen mitgemeint? Eine empirische Untersuchung zum Verständnis des generischen Maskulinums und seiner Alternativen“. *Sprache & Kognition* 19, 3–13.
- Holl, Thomas (2014): Das Saarland soll zweisprachig werden. Zugang:
<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/frankreich-strategie-das-saarland-soll-zweisprachig-werden-12762333.html> [letzter Zugriff: 30.11.2023].
- IDT Wien (2022): Qualitätskriterien für Beiträge in Sektionen. Zugang: <https://www.idt-2022.at/site/programm/fachprogramm/qualitaetskriterien> [letzter Zugriff: 30.11.2023].
- Jäckle, Sebastian (2022): „Per aspera ad astra – Eine politikwissenschaftliche Analyse der Akzeptanz des Gendersterns in der deutschen Bevölkerung auf Basis einer Online-Umfrage“. *Politische Vierteljahresschrift* 63, 469–497. DOI 10.1007/s11615-022-00380-z.
- Körner, Anita / Abraham, Bleen / Rummer, Ralf / Strack, Fritz (2022): „Gender Representations Elicited by the Gender Star Form“. *Journal of Language and Social Psychology* 41(5), 553–571. DOI 10.1177/0261927X221080181
- Kotthoff, Helga (2020): „Gender-Sternchen, Binnen-I oder generisches Maskulinum, ... (Akademische) Textstile der Personenreferenz als Registrierungen?“ *Linguistik Online* 103(3), 105–127. DOI 10.13092/lo.103.7181.
- Kotthoff, Helga / Nübling, Damaris (2018): *Genderlinguistik*. Tübingen: Narr.
- Lind, Miriam / Nübling, Damaris (2022): „Sprache und Bewusstsein“. *APuZ* 5–7(2022), 36–42.
- Linguistik vs. -Gendern (2022).de: Aufruf: Wissenschaftler kritisieren Genderpraxis des ÖRR. Zugang: <https://www.linguistik-vs-gendern.de/> [letzter Zugriff: 30.11.2023].
- Marten, Heiko F. (2016): *Sprach(en)politik. Eine Einführung*. Tübingen: Narr.
- Marten, Heiko F. / Saagpakk, Maris (2019): „The monolingual habitus of German society challenging the interests of an autochthonous minority language: Linguistic landscapes in the Sorbian ‘capital’ of Bautzen / Budyšin“. *Apples – Journal of Applied Language Studies* 13(3), 77–106.
- Meineke, Eckhard (2023): *Studien zum genderneutralen Maskulinum*. Heidelberg: Winter.

- Müller-Spitzer, Carolin (2022): „Der Kampf ums Gendern“. In: Nassehi, Armin / Felixberger, Peter / Anderl, Sibylle (Hrsg.): *Kursbuch 209. Ausnahmezustand Normalität*. Hamburg: Kursbuch Kulturstiftung gGmbH, 28–45.
- Pfalzgraf, Falco (2019): „Anglisierung“ und „Globalisierung“: Aktuelle Diskurse zu Entlehnungen und moderner Sprachpurismus“. In: Antos, Gerd / Niehr, Thomas / Spitzmüller, Jürgen (Hrsg.): *Handbuch Sprache im Urteil der Öffentlichkeit*. Berlin, Boston: De Gruyter, 291–308.
- Reisigl, Martin / Spieß, Constanze (2017): „Noch einmal: Sprache und Geschlecht – Eine Thematik von bleibender Aktualität“. In: Reisigl, Martin / Spieß, Constanze (Hrsg.): *Sprache und Geschlecht. Band 2: Empirische Studien*. (Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie OBST) 91. Duisburg: Universitätsverlag Rhein-Ruhr, 9–33.
- Rütten, Finn (2021): Warum es anmaßend vom Duden ist, das generische Maskulinum abzuschaffen. Zugang: <https://www.stern.de/gesellschaft/duden-schafft-generisches-maskulinum-ab-warum-das-anmassend-ist-9560662.html> [letzter Zugriff: 30.11.2023].
- Sächsische Zeitung (2023): Finden Sie geschlechtergerechte Sprachformulierungen („gendern“) persönlich eher gut oder schlecht? Zugang: <https://civey.com/umfragen/17342/finden-sie-geschlechtergerechte-sprachformulierungen-gendern-personlich-eher-gut-oder-schlecht> [letzter Zugriff: 30.11.2023].
- Schulz, Sophie-Marie (2023): Studentenparlament der FU Berlin: Wer nicht gendert, darf nichts beantragen. Zugang: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/freie-universitaet-berlin-studentenparlament-setzt-gender-pflicht-durch-li.315374> [letzter Zugriff: 30.11.2023].
- Shohamy, Elana / Pennycook, Alastair (2021): „Language, Pedagogy, and Active Participant Engagement“. In: Blackwood, Robert / Røyneland, Unn (Hrsg.): *Spaces of Multilingualism*. New York: Routledge, 31–47.
- Simon, Horst J. (2022): „Sprache Macht Emotion“. In: APuZ 5–7(2022), 16–22.
- Spieß, Constanze / Reisigl, Martin (Hrsg.) (2017): *Sprache und Geschlecht. Band 1: Sprachpolitiken und Grammatik*. (Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 90). Duisburg: Universitätsverlag Rhein-Ruhr.
- Spitzmüller, Jürgen (2022): *Soziolinguistik. Eine Einführung*. Heidelberg: Metzler.
- Statista (2021): Wie stehen Sie zur Nutzung der Gendersprache in Presse, Radio und Fernsehen sowie bei öffentlichen Anlässen? Zugang: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1250556/umfrage/umfrage-in-deutschland-zur-nutzung-von-gendersprache-in-den-medien/> [letzter Zugriff: 30.11.2023].
- Thiel, Thomas (2022): Bitten und Befehle – über das Gendern an Universitäten. Zugang: <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/gender-pflicht-an-deutschen-hochschulen-wacklige-rechtsgrundlage-17805594.html> [letzter Zugriff: 30.11.2023].
- Universität Wien (o.J.): Geschlechterinklusiver Sprachgebrauch in der Administration der Universität Wien: Leitlinie und Empfehlungen zur Umsetzung. Zugang: https://personalwesen.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/d_personalwesen/Gleichstellung/Dokumente/Geschlechterinklusiver_Sprachgebrauch_in_der_Administration_der_Universitaet_Wien.pdf [letzter Zugriff: 30.11.2023].
- Wiese, Heike (2012): *Kiezdeutsch: ein neuer Dialekt entsteht*. München: Beck.
- Wiese, Heike / Tracy, Rosemarie / Sennema, Anke (2020): *Deutschpflicht auf dem Schulhof. Warum wir Mehrsprachigkeit brauchen*. Duden: Berlin.

101 — Heiko F. Marten
„Gendern“ in Deutschland

Zeit online (2023): FDP fordert Englischpflicht für Behörden in Deutschland. Zugang:
<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-02/verwaltungssprache-fdp-englisch-behoerden-deutschland> [letzter Zugriff: 30.11.2023].